



Haupt- und Finanzausschuss am 12.02.2019		öffentlich		
Nr. 1 der TO		Vorlagen-Nr.: FB 1/526/2019		
Dez. I	FB 1: Zentrale Dienste	Datum: 22.01.2019		
FBL / stellv. FBL	FB Finanzen	Dezernat I / II	Der Bürgermeister	
Beratungsfolge:				
Gremium:	Datum:	TOP	Zuständigkeit	Bemerkungen:
Haupt- und Finanzausschuss	12.02.2019		Entscheidung	

Beratungsgegenstand:

Entwicklung der zukünftigen räumlichen Nutzung der vorhandenen und ggf. zu schaffenden Rathausflächen

hier: Vorstellung der Firma IWB

I. Beschlussvorschlag:

1. Die Präsentation der Firma IWB wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die bautechnischen Planungen zur Deckung des ermittelten Raumflächenbedarfs in die Wege zu leiten und das Ergebnis dem Ausschuss zu präsentieren.

II. Rechtsgrundlage:

§ 41 GO NRW, Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Rates der Stadt Lüdinghausen

III. Sachverhalt:

Die vorhandenen Büroflächen im Rathaus der Stadt Lüdinghausen sind aufgrund der stetig zunehmenden Aufgaben und einem damit verknüpften höheren Personalschlüssel vollständig ausgeschöpft. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für den Haushalt des Jahres 2018 wurde auf diese Situation aufmerksam gemacht.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.10.2018 hat sich die in dieser Sache beauftragte Firma IWB aus Braunschweig dem Ausschuss vorgestellt und darüber hinaus die aktuelle Raumsituation im Rathaus der Stadt Lüdinghausen dargestellt. Zudem wurden erste Erkenntnisse hinsichtlich der Ermittlung des Büroflächenbedarfs aufgezeigt.

Im Anschluss hat sich die Verwaltung mit der Firma IWB zwecks konkreter Ermittlung des Büroflächenbedarfes in den einzelnen Fachbereichen der Stadt Lüdinghausen abgestimmt.

Mitte Januar legte die Firma IWB in einem persönlichen Gespräch der Verwaltung ein erstes Konzept zur Umsetzung des nun konkret ermittelten zukünftigen Büroflächenbedarfs vor. Anhand der damaligen Rückmeldung durch die Verwaltung wurde dieses Konzept zur heutigen Sitzung durch die Firma IWB überarbeitet.

Vertreter der Firma IWB sind zur heutigen Sitzung eingeladen, um auf die Ermittlung des konkreten Raumflächenbedarfs einzugehen sowie das vg. Konzept dem Ausschuss vorzustellen.

Für die weitere Vorgehensweise sei an dieser Stelle angemerkt, dass der Entwurf des Haushaltes 2019 Planungskosten in Höhe von 70.000 € im Produkt 011411 (Bewirtschaftung Gebäude – Investition 20167GEBÄU) vorsieht.